



Prof. Dr. Norbert Lammert
Präsident des Deutschen Bundestages

**Festveranstaltung
zum 25. Jahrestag der Vereinigung der Berliner Stadtparlamente
am 11. Januar 2016 in der Berliner Nikolaikirche**

Sehr geehrter Herr Präsident,
Herr Regierender Bürgermeister,
liebe aktive und ehemalige Kolleginnen und Kollegen,
verehrte Gäste!

Die Berliner Stadtgeschichte ist wesentlich älter und noch viel turbulenter als die 25 Jahre, auf die wir heute gemeinsam zurückblicken. In dieser langen Zeit sind auch mehr als die eben musikalisch beschworenen sieben Brücken gesucht und gefunden, gebaut und zerstört, blockiert und wieder neu begangen worden. Aber in diesem denkwürdigen glücklichen letzten Vierteljahrhundert ist Berlin von einem Mahnmal der Teilung zu einem Monument der Einheit geworden – nicht nur für Deutschland, sondern weit darüber hinaus.

Peter Bender, der legendäre Berliner Journalist und langjährige publizistische Wegbegleiter von Willy Brandt, hat in einem Vortrag in den 1990er Jahren die Rolle Berlins in der jüngeren Geschichte als eine Brückenstadt beschrieben: als eine Wirtschaftsbrücke, eine Familienbrücke, eine geistige Brücke, eine Fluchtbrücke. Berlin, sagte er damals, sei auch politisch eine Brücke gewesen – allerdings auf recht verquere Weise: „Berlin war ein kaum überwindbares Hindernis für eine dauernde Teilung Deutschlands. Ohne Berlin konnte man sich ein zweistaatliches Deutschland als Dauerzustand vorstellen, aber mit Berlin enthielt diese Lösung eine unlösbare Frage: Wohin mit der Insel? Berlin war durch die ganze Nachkriegsgeschichte beides: Es war Stolperstein und Klammer. (...) Berlin war ständiges Sorgenkind des Westens und eine permanente Herausforderung des Ostens; es war Zankapfel, Kampfplatz und Krisenherd.“ Oder, um es mit dem gestern verstorbenen David Bowie zu sagen, der



dieser Stadt in besonderer Weise verbunden gewesen ist: „In dieser Stadt kann man sich leicht verlieren, man kann sich aber auch selbst finden.“

Meine Damen und Herren, sowohl der Ort wie das Datum des heutigen Festaktes stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Geschichte des Parlamentarismus in Berlin, der Präsident des Abgeordnetenhauses hat darauf eben hingewiesen. Hier in der Nikolaikirche ist 1809 zum ersten Mal eine Berliner Stadtverordnetenversammlung zusammengetreten, damals gemäß der Vorgaben der Preußischen Städteordnung von 1808. Und es war an einem 11. Januar, 1951, als sich nach der Teilung Deutschlands und Berlins das Westberliner Abgeordnetenhaus konstituierte und Otto Suhr zu seinem Präsidenten wählte. Suhr gab damals dem neuen Westberliner Parlament den anspruchsvollen Wunsch mit auf den Weg, „dem ganzen Osten das Beispiel einer parlamentarischen Demokratie zu geben.“

Abgelöst wurde Otto Suhr als Präsident des Abgeordnetenhauses übrigens von Willy Brandt, und das wiederum an einem 11. Januar 1955. Seit damals – 1955 – eröffneten die jeweiligen Parlamentspräsidenten jede Plenarsitzung mit den Worten: „... und bekunde unseren unbeugsamen Willen, dass die Mauer fallen und Deutschland mit seiner Hauptstadt Berlin wieder vereinigt werden muss“. Abgeschafft wurde diese Formel von der damaligen Koalitionsmehrheit im Abgeordnetenhaus in einer Nachtsitzung vom 18. auf den 19. Januar 1990, just zu dem Zeitpunkt also, als zum ersten Mal die über dreißig Jahre zum Ausdruck gebrachte Erwartung in die Nähe ihrer Realisierung kam – weniger als ein Jahr später waren Stadt und Land wieder vereinigt.

Der Kollege Wieland hat schon darauf hingewiesen, dass die konstituierende Sitzung des gemeinsamen Berliner Parlaments am 11. Januar 1991 einen demonstrativ unfestlichen Charakter hatte. Selbst das freundliche Angebot der Berliner Philharmoniker, diese Veranstaltung kulturell zu bereichern, wurde dezent aber bestimmt zurückgewiesen – mit dem einleuchtenden Hinweis, dass man eine Arbeitssitzung durchführen wolle und müsse. In ihr ging es um eine Reihe ganz



handfester Fragen, darunter die der künftigen Verfassung. Wenn man sich die Protokolle der damaligen Sitzung ansieht, wird deutlich, dass es dabei – übrigens auch bei der Zählweise, also ob es das erste oder das zwölfte Berliner Parlament sei – im Kern um den keineswegs banalen Streit ging, welche Tradition stärker betont werden sollte: die Kontinuität zum letzten gemeinsamen Stadtparlament 1948 oder aber der Bruch durch die Friedliche Revolution, die erst zur Einheit geführt hatte. An genau dieser Grundsatzfrage – Neuanfang oder Kontinuität? – knüpfte die Verfassungsfrage an. Und so wurde zunächst die Geltung der Berliner Verfassung aus dem Jahr 1950 beschlossen, die in Artikel 4 die Gültigkeit für Gesamtberlin beanspruchte, und später wurde dann mit der Verfassung vom 23. November 1995, die mit einer Volksabstimmung am 22. Oktober 1995 bestätigt wurde, eine neue gemeinsame Verfassungsgrundlage gesetzt – eine solche Bekräftigung durch ein Referendum hätte man sich übrigens auch für das Grundgesetz vorstellen und wünschen können, sie ist aber aus mancherlei durchaus beachtlichen Gründen nicht zustande gekommen.

Meine Damen und Herren, wir haben nun zwei demokratisch gewählte und mit Gesetzgebungskompetenzen ausgestattete Parlamente in Berlin: Den Deutschen Bundestag und das Berliner Abgeordnetenhaus; beide sind, wenige hundert Meter voneinander entfernt, gewissermaßen auf Rufweite tätig. Es gibt viele Themen, die uns gemeinsam angehen, den Bund wie die Länder. Zwei von ihnen möchte ich ansprechen: den Föderalismus und den Parlamentarismus. Beide Aspekte sind für unsere Verfassungsordnung konstitutiv. Wir halten sie nicht nur für rechtlich, sondern auch politisch für völlig unverzichtbar. Für diese beiden unaufgebbaren Festlegungen unserer Verfassungsordnung gilt aber bei nüchterner Betrachtung, dass sie beide nicht sonderlich populär sind. Es wäre schön, wenn es anders wäre, aber es ist so. Jedenfalls lässt der nüchterne Blick auf die Realitäten in sehr stabilen Umfrageergebnissen eine andere Beurteilung schwerlich zu: Rund ein Viertel der Bundesbürger halten die Bundesländer schlicht für überflüssig. Immerhin in der Hälfte aller heute existierenden Länder spricht sich die Mehrheit der Befragten für eine Fusion mit mindestens einem Nachbarland aus.



In diesem Thema ist viel Sprengstoff, der sich allerdings für eine Festrede zum heutigen Anlass nicht so richtig eignet. Deshalb schließe ich diesen dezenten Hinweis mit folgender Bemerkung auch gleich wieder ab: Dass es bei uns so viele, so unterschiedliche Städte, Regionen und Landschaften gibt, so viele Bräuche, Traditionen, Kulturen und Dialekte, macht im wörtlichen Sinn den Reichtum unseres Landes aus und sollte uns gelegentliche Neigungen zur Verzweiflung über Komplizierungen oder auch über Auswüchse des real existierenden Föderalismus mit Gelassenheit ertragen lassen.

Da wir neuerdings, übrigens nicht nur in Berlin und mit Blick auf historische Ereignisse und Zusammenhänge, viel über Rekonstruktionen reden, erlaube ich mir mit Blick auf die Föderalismusdebatte Kurt Biedenkopf zu zitieren. Der langjährige sächsische Ministerpräsident hat vor vielen Jahren, wie ich glaube, völlig zutreffend auf den Beitrag des Föderalismus im Prozess der Wiedervereinigung hingewiesen. Ohne die föderale Verfassung Deutschlands, so Biedenkopf, wäre die Verwirklichung der deutschen Einheit nach dem Fall der Mauer kaum möglich gewesen: „Denn weder die vier früheren Siegermächte noch die neun territorialen Nachbarn Deutschlands hätten einen deutschen Zentralstaat mitten in Europa als Folge der Wiedervereinigung akzeptiert; einen Zustand, den sie jahrhundertlang zu verhindern suchten.“

Über den Parlamentarismus wiederum gibt es seit geraumer Zeit eine intensive Diskussion in den Medien und der Wissenschaft – insbesondere über das Ansehen und den Stellenwert von Parlamenten in Zeiten der Globalisierung mit den teilweise neuen Aufgaben und Herausforderungen, mit denen sich Staaten auseinandersetzen müssen. Dabei wird man, auch und gerade hinsichtlich der Funktion und Leistungsfähigkeit von Parlamenten, fairerweise den Unterschied zur Kenntnis nehmen müssen, den es zwischen Neuanfängen und fortgeführten Aufgaben und bewährten Strukturen gibt. Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne, für die Fortsetzung von Anfängen ist das aber nicht mehr so regelmäßig zu beobachten. Nichts ist langweiliger als die Fortsetzung von bewährten Verhältnissen. Und die Versuchung, nur um dem Vorwurf der Langeweile zu



entgehen, etwas zwar Aufregendes, aber Unsinniges zu machen, ist auch in Parlamenten von Zeit zu Zeit durchaus zu beobachten.

Fast noch wichtiger ist der Hinweis, dass die Anforderungen, denen sich heute Parlamente ausgesetzt sehen, die Landtage, der Bundestag und das Europäische Parlament übrigens auch, nicht nur anders, sondern in mancherlei Hinsicht auch höher sind als früher. Ein so unverdächtig, kluger Beobachter wie Hans-Jochen Vogel, der auf allen Ebenen unseres politischen Systems über lange Zeit herausragende Aufgaben und Ämter wahrgenommen hat – auf der kommunalen Ebene, der Landesebene wie auch auf Bundesebene –, der über viele Jahre herausragende parlamentarische Funktionen und Regierungsämter innehatte, nicht zuletzt als Regierender Bürgermeister in Berlin 1981, hat auf die Frage, wie es mit der Aufgabenstellung der Parlamente heute bestellt sei, schon vor einigen Jahren den Hinweis gegeben: Die Wahrung von Wohlstand und sozialer Sicherung bei rückläufiger Bevölkerungszahl und zunehmender Überalterung sei unter den Wettbewerbsbedingungen der Globalisierung heute eine neue und große Herausforderung, die es früher so nicht gegeben habe. Das ist zweifellos richtig. Und sicher würde er dem heute eine besonders große aktuelle Herausforderung hinzufügen, die es in dieser Form jedenfalls jahrzehntelang auch nicht – und in dieser besonderen Ausprägung für uns noch nie – gegeben hat.

Die Erwartungen der Öffentlichkeit an die Parlamente, mit diesen Problemen und Herausforderungen umzugehen, sind allemal ausgeprägter als die tatsächlichen Gestaltungsspielräume sowohl bei den Regierungen als auch bei den Parlamenten. Diese sind regelmäßig sehr viel enger, als die Öffentlichkeit erhofft und gelegentlich vermutet. Manches gelingt schlicht nicht so, wie wir es bei selbstkritischer Betrachtung von uns selbst erwarten müssen – auch in Berlin. Aber dass wir gelegentlich nicht unmaßgeblich dazu beitragen, die Lücke zwischen den Erwartungen und den Möglichkeiten noch größer zu machen, füge ich wenigstens der Vollständigkeit halber ausdrücklich hinzu.



Große Koalitionen – das nur nebenbei bemerkt – machen das Finden von gemeinsamen Lösungen übrigens nicht unbedingt einfacher, eher schwieriger. Große Koalitionen haben große Mehrheiten für das Durchsetzen großer Lösungen, die sie aus dem gleichen Grund aber meistens nicht finden.

Es ist im Übrigen auch schwer zu übersehen, dass sich die konkreten Erwartungen an Regierungen und Parlamente nicht selten wechselseitig ausschließen. Weil das, was die einen für absolut vordringlich halten, die anderen für völlig unzumutbar erklären – und umgekehrt. Weil immer wieder mit Hartnäckigkeit unterschiedlichste Erwartungen verfolgt werden, die gleichzeitig schlicht nicht zu haben sind, wird nicht selten durch das Festhalten an gewohnten Verhältnissen und lieb gewonnenen Besitzständen genau die Veränderung verhindert, deren Ausbleiben die Wähler anschließend Parteien, Parlamenten und Regierungen vorwerfen.

Parlamente, meine Damen und Herren, müssen lernfähig sein, Regierungen übrigens auch, und für die Parteien gilt das ganz gewiss. Sie sollten aber nicht wankelmütig sein. Mit Abstand wichtiger und wirksamer als die Popularität von Politik ist ihre Glaubwürdigkeit. Was die Politik und was Politiker an Glaubwürdigkeit verlieren, wodurch auch immer, durch Wankelmütigkeit, durch Wortbruch, durch Gleichgültigkeit, durch Beliebigkeit, können sie an Popularität weder gewinnen noch ausgleichen. Streit ist im Übrigen nicht nur erlaubt, sondern im Ringen um die bestmöglichen Lösungen unverzichtbar. Es ist ein hartnäckiges Missverständnis, Demokratie für ein Verfahren zur Verhinderung von Streit zu halten. Das genaue Gegenteil ist richtig: Die Demokratie ist das, bislang jedenfalls, bestmögliche Verfahren zum zivilisierten Austragen von unterschiedlichen Auffassungen, Meinungen und Interessen und zur Herbeiführung eines Ergebnisses, das gerade deshalb am Ende für alle verbindlich ist. Das ist der Gegenstand von Demokratie und das ist ihr Gütesiegel. Deswegen sollte dieser Streit – wenn eben möglich – an der Sache orientiert sein sowie Diffamierungen und Übertreibungen vermeiden. Dass ein beachtlicher Teil des politischen Entscheidungsprozesses nicht auf der Vorderbühne, sondern in den Kulissen stattfindet,



ist für viele Beobachter ein Ärgernis. Und es muss auch nicht immer sein. Es ist aber oft die Voraussetzung dafür, dass Kompromisse überhaupt möglich werden, die zu den größten Errungenschaften der Menschheit gehören.

Eine Gesellschaft, die nicht mehr kompromissfähig ist, wäre weder eine humane noch eine freiheitliche Gesellschaft. Also muss ein politisches System, das sich seinem Grundverständnis nach als Ordnungsrahmen einer freiheitlichen Gesellschaft versteht, die Voraussetzungen dafür schaffen und erhalten, dass Kompromisse möglich bleiben oder möglich werden. Der mit Abstand wichtigste Platz für das Suchen und Finden von Kompromissen ist das Parlament. Es ist in dieser Funktion unersetzbar, auch gegenüber anderen denkbaren, beispielsweise plebiszitären Formen der Willensbildung, die genau dies regelmäßig nicht, schon gar nicht in einer vergleichbaren Weise leisten können. Dafür gibt es nicht nur in Berlin aufschlussreiche Beispiele, auch aus allerjüngster Vergangenheit.

Die Aufgaben der Parlamente, meine Damen und Herren, haben sich nicht nur in Deutschland in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten deutlich gewandelt. Sie sind aber in dieser Veränderung nicht weniger wichtig und ganz gewiss nicht geringer geworden – das gilt im innerstaatlichen Verhältnis wie im europäischen Zusammenhang. Und es gilt im Übrigen auch für das Verhältnis von Bund und Ländern. Man mag gegenüber den Ergebnissen der berühmtberüchtigten Föderalismusreform manche Vorbehalte haben – da fällt auch mir das eine oder andere ein, was ich für eine Festrede ebenfalls nicht so sonderlich gut geeignet halte. Aber dass diese Föderalismusreform die Rolle der Parlamente geschwächt hätte, kann ich beim besten Willen nicht erkennen. Durch die eindeutige Zuweisung von Zuständigkeiten, insbesondere auch von Gesetzgebungszuständigkeiten zwischen den jeweiligen Ebenen, und durch die damit verbundene Stärkung auch der Rolle der Landtage als Gesetzgeber im jeweils eigenen Zuständigkeitsbereich der Länder, ist die Aufgabenstellung und Verantwortung von Parlamenten gewachsen und keineswegs kleiner geworden. Ich will Ihnen allerdings unter dem Eindruck der tatsächlichen Folgen der Föderalismusreform



meinen persönlichen Eindruck nicht unterschlagen, dass es vor allem unter diesem Gesichtspunkt hilfreich wäre, wenn Landesregierungen und Landtage noch tapferer der Versuchung widerständen, die Aussicht auf eine finanzielle Beteiligung des Bundes für noch interessanter zu halten als die Wahrnehmung eigener Zuständigkeiten.

Unsere Parlamente, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, sind nicht immer so gut, wie sie sein könnten, sie sind auch nicht immer so selbstbewusst, wie sie gelegentlich sein sollten. Sie sind aber allemal wichtiger und einflussreicher als die meisten Sendungen im Fernsehen, die sich viel größerer öffentlicher Aufmerksamkeit erfreuen. Bei aller Neigung zur Selbstkritik fallen mir jedenfalls im historischen wie im internationalen Vergleich keine Handvoll Parlamente ein, die einen ähnlichen oder gar größeren Einfluss auf Regierungsbildung, Gesetzgebung und Bildung der öffentlichen Meinung haben als die Parlamente in Deutschland.

Ganz zum Schluss möchte ich eine Bemerkung zur jungen Generation machen, an deren Interesse und Engagement für viele wichtige öffentliche Anliegen kein ernsthafter Zweifel erlaubt ist und von der wir zugleich wissen und zur Kenntnis nehmen müssen, dass ihre Skepsis und Zurückhaltung gegenüber politischen Institutionen im Allgemeinen und Parteien im Besonderen noch stärker ausgeprägt ist als im Durchschnitt unserer Bevölkerung. Attraktiv erscheinen für junge Leute insbesondere Institutionen, die mit Politik wenig und mit Parteien gar nichts zu tun haben. Das muss uns nachdenklich stimmen, denn es ist zweifellos weder eine Erleichterung noch eine Errungenschaft, und es ist im Übrigen auch kein Naturgesetz. Deswegen wäre es nicht nur schön, sondern dringend nötig, dass mehr junge Menschen als heute die öffentlichen Angelegenheiten für ihre Angelegenheiten halten. Denn über welche Themen wir auch immer reden, ob über den Arbeitsmarkt, unsere sozialen Sicherungssysteme, über internationale Handelsverträge oder Bündnisse oder über die Zukunft eines vereinigten europäischen Kontinents in einer globalen Welt: Wir verhandeln hier nicht abgehobene, abstrakte Fragestellungen, wir verhandeln über die Zukunftsperspektive von lebenden und noch nicht geborenen Menschen. Und niemand



ist von diesen Zukunftsperspektiven mehr und länger betroffen als die heutige junge Generation. Im Übrigen gilt für jede Generation: Politik kann immer nur so gut sein wie die Leute, die sich für das Gemeinwohl zur Verfügung stellen. Jeder, der sich selbst für die Politik für zu gut hält, muss wissen, dass er sie damit anderen überlässt, die er für schlechter hält. Buh-Rufe von den Zuschauerrängen sind zweifellos erlaubt, ersetzen aber nicht das eigene Engagement – und sie verändern im Übrigen selbst in Fußballstadien nicht wirklich den Spielverlauf.

Meine Damen und Herren, Ernst Reuter, der unvergessene Berliner Bürgermeister, hat nach der Teilung dieser Stadt die Völker der Welt aufgerufen: „Schaut auf diese Stadt.“ Heute schaut die Welt auf diese Stadt und auf das vereinte Deutschland, dessen Hauptstadt Berlin wieder ist. Berlin ist nicht nur die größte deutsche Stadt. Berlin ist inzwischen für viele, auch und gerade für viele junge Menschen aus aller Welt die attraktivste, lebendigste und beliebteste Stadt in Deutschland geworden. Hier spielt die Musik im wörtlichen wie im übertragenen Sinne des Wortes. Und nach dem Umzug von Bundestag und Bundesregierung ist Berlin auch zu einem der weltweit meistbesuchten politischen Wallfahrtsorte geworden. Berlin ist nach wie vor eine Brücke zwischen Ost und West. Berlin ist in diesen 25 Jahren eine Brücke geworden zu unseren Nachbarn, zu alten und zu neuen Freunden, eine Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft. Für diese Zukunft wünsche ich dieser Stadt, ihren Bürgerinnen und Bürgern, vor allem aber denen, die sie repräsentieren, Mut, Glück und Erfolg, verbunden mit der herzlichen Gratulation zu den vergangenen 25 Jahren, die diese guten Wünsche in jeder Beziehung rechtfertigen.

Ein „Hoch“ auf alle, die Verantwortung getragen haben und auf alle Menschen guten Willens, die sich, woher auch immer sie gekommen sind, für diese Stadt und ihre Zukunft verantwortlich fühlen.